

12 Anträge (schriftlich)

12.1 Kreuzungsbereich Leonhardstraße – Hartenaugasse (GRⁱⁿ Wagner, ÖVP)

Vor wenigen Monaten wurde eine Umstrukturierung der Verkehrssituation im oben angeführten Kreuzungsbereich vorgenommen.

Dabei wurden eine neue Verkehrssignalanlage errichtet, der Fußgängerübergang in der Leonhardstraße Richtung Osten verlegt und bezüglich der Hartenaugasse ein Linksabbiegeverbot für den Individualverkehr stadtauswärts erlassen. Die Straßenbahnlinie 1 und Ersatzbusse derselben sind von diesem Verbot ausgenommen. Diese neue Verkehrssituation ist nicht nur unzweckmäßig, sondern auch für sämtliche Verkehrsteilnehmer unverständlich und umständlich.

Fußgänger: Diese nutzen den neuen Fußgängerübergang nicht, sondern queren die Fahrbahn ungeschützt und höchst riskant in jenem Bereich, bei dem sich vormals der Fußgängerübergang befand. Dies deshalb, weil Fußgänger, die nach dem Aussteigen aus der Straßenbahn stadteinwärts unterwegs sein wollen, nicht zuerst Richtung stadtauswärts gehen, dort zwei geregelte Schutzwege überqueren, um sich dann wieder stadteinwärts zu orientieren. Außerdem weist die VSA eine für die Fußgänger zu lange Rotlichtphase auf, da diese mit der Regelung der Straßenbahnphase mitgeschaltet wird.

Autofahrer: Diese biegen oftmals entgegen dem Abbiegeverbot nach links in die Hartenaugasse ein.

Buslinie 64: Derzeit wird diese Linie durch die Seebachergasse geführt. Die Möglichkeit des Linksabbiegens an der beschriebenen Kreuzung in die Hartenaugasse wird nicht genutzt, obwohl die Hartenaugasse kaum befahren ist und im Bereich Elisabethstraße-Hartenaugasse eine VSA vorhanden ist, die ein geregeltes Einbiegen in die

Elisabethstraße erlauben würde. Darüber hinaus könnte die Seebachergasse (Einbahn mit Fahrradstreifen, geringe Fahrbahnbreite, stark frequentierter Haupteingang des Seebacher Gymnasiums, geringer Kurvenradius beim Einbiegen von der Leonhardstraße, überdies KEINE Haltestelle für diese Buslinie) entlastet und problematische Verkehrssituationen speziell beim Einbiegen des Gelenksbusses von der Leonhardstraße in die Seebachergasse vermieden werden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden ersucht, die jetzt herrschende Verkehrslage zu überprüfen, um dadurch die Verkehrssituation für alle Beteiligten sicherer und ökonomischer zu machen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.2 Flächendeal am Plabutsch rückgängig machen!
(GR Eber, KPÖ)**

Der Plan, eine Gondel auf den Plabutsch zu realisieren, wurde vorerst ad acta gelegt. Im März dieses Jahres wurde im Gemeinderat der Verzicht auf Vor- und Wiederkaufsrechte von Waldflächen, welche sich im Besitz der GBG befinden, beschlossen. Dadurch konnte die GBG mit [REDACTED] Waldflächen am Plabutsch tauschen. Die Grundstücke 923/1, 923/2, 930/2, 932, 933, 934/1, 935, 936, 937, 938 der KG Gösting und das Grundstück 26 der KG Algersdorf wurden somit [REDACTED] überlassen.

Vor dem Hintergrund der nunmehr verstärkten Fokussierung auf den Klima- und Umweltschutz soll überprüft werden, ob der umstrittene Flächendeal rückabgewickelt werden kann, insbesondere, ob die vorhin genannten Flächen zur Gänze wieder in den Besitz der GBG oder der Stadt Graz zugeführt werden können.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden höflichst ersucht zu überprüfen, ob der Flächentausch am Plabutsch zwischen der GBG und [REDACTED] rückgängig gemacht werden kann, insbesondere, ob die im Motivenbericht genannten Grundstücke zur Gänze wieder in den Besitz der GBG oder der Stadt Graz zurückgeführt werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.3 Erweiterung des Top Tickets: „Top Ticket für alle“
(GR Sikora, KPÖ)**

Das Erreichen der Klimaschutzziele hat höchste Priorität, insbesondere auch in der Stadt Graz. „Die Stadt Graz will ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten und sich damit ganz klar ihrer Verantwortung stellen“, heißt es in der jüngsten Ausgabe der Grazer Zeitschrift „BIG“ anlässlich der Einrichtung eines eigens zu diesem Zweck gegründeten Klimaschutzfonds.

Eine wesentliche Rolle auf dem Weg zu mehr Umwelt- und Klimaschutz spielt der öffentliche Verkehr. Seit August dieses Jahres können Studierende das neue „Top-Ticket“ erwerben. Mit dieser Halbjahreskarte um € 150,00 können sie alle öffentlichen

Verkehrsmittel in der ganzen Steiermark uneingeschränkt nutzen - von Anfang September bis Ende Februar sowie von Anfang März bis Ende August.
Dieses Ticket sollte nun eine Erweiterung erfahren. Mit dem Nachhaltigkeitsprojekt „Top Ticket für alle“, das für alle Steirerinnen und Steirer angeboten werden sollte, könnten wir dem Erreichen der Klimaschutzziele für unsere Stadt ein Stückchen näherkommen. Das „Top Ticket für alle“ zum Jahrespreis von 300 Euro wäre ein attraktives Angebot zum Umsteigen auf die Öffis. Und schließlich würde es in Graz einen erheblichen Beitrag zur Reduktion des Feinstaubes leisten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Graz-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden höflichst ersucht, mit einer Petition an das Land Steiermark heranzutreten, damit so rasch wie möglich ein „Top Ticket für alle“ ausgearbeitet und budgetiert wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.4 Abbau von Barrieren für gehörlose und stark hörbeeinträchtigte Menschen
(GRⁱⁿ Schönbacher, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Grob geschätzt ist etwa 1 % der österreichischen Bevölkerung gehörlos oder stark hörbeeinträchtigt. Gegenüber anderen körperlichen Behinderungen ist diese Art der Einschränkung nicht sichtbar. Durch Hörlosigkeit bzw. durch starke Hörbehinderung ergeben sich im Alltag nicht selten gravierende Barrieren, die relativ einfach zu beheben wären, so man die Möglichkeiten von Anfang an berücksichtigt.

Nur in Form der Gebärdensprache können Gehörlose Informationen mit anderen Menschen austauschen und aufnehmen. Aber auch bauliche Maßnahmen können dazu dienen, Barrieren für gehörlose, hörbeeinträchtigte und späterertaubte Menschen abzubauen.

Beispielgebend seien hier einige solche Maßnahmen angeführt:

- visuelle Feuermelder in öffentlichen Raum, vor allem auch in abgetrennten Räumlichkeiten wie bspw. WC-Anlagen
- Ausstattung von Liften mit einer Videokommunikationseinrichtung für den Notfall (nicht nur eine Gegensprechanlage)
- Informationen, die in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln via Lautsprecher weitergegeben werden, sollten idealerweise auch mittels Bildschirmen vermittelt werden
- Erweiterung von Gegensprechanlagen um eine Videofunktion

Aus diesem Grund stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz möge zukünftig bei der Planung und Sanierung öffentlicher Gebäude wie auch bei öffentlichen Veranstaltungen die Umsetzung der im Motivenbericht beispielhaft genannten Maßnahmen für gehörlose und stark hörbeeinträchtigte Menschen prüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.5 Bänke am Rosenhain
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Der Rosenhain gehört wohl zu den beliebtesten zentrumsnahen Erholungsgebieten der Grazerinnen und Grazer. Er wird von Familien mit Kindern, LäuferInnen, HundebesitzerInnen und auch vielen älteren Menschen, die möglicherweise nicht mehr so mobil sind, sehr gerne besucht.

In letzter Zeit sind einige Anfragen bei uns eingegangen, weil es immer weniger Bänke am Rosenhain gibt. Bis vor einigen Jahren gab es im unteren Eingangsbereich (1. Kurve nach dem Eingang) eine Bank, auf der sich die SeniorInnen hinsetzen und ausrasten konnten. Auch in der Allee hin zu den Teichen sind nur mehr ganz wenige Schattenbänke übrig. Neuerdings soll es von der Reihe an Bänken entlang der Tennisplätze der Universität auch nur mehr eine geben, welche schon fast zugewachsen ist. Ähnliches passiert im Bereich Panoramagasse gegenüber dem Sonderkindergarten, wo nunmehr auch Bänke fehlen. Gerade für unsere älteren und/oder gehbehinderten MitbürgerInnen wäre es jedoch sehr wichtig, dass es wieder mehr Sitzmöglichkeiten entlang der Spazierwege am Rosenhain gibt!

Daher stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen/ALG folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz, GBG und Holding Graz werden ersucht, sich die Situation hinsichtlich der Sitzbänken am Rosenhain anzusehen und gemäß Motiventext fehlende Sitzbänke an bisherigen und eventuell auch an neuen Standorten aufzustellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.6 Pflegevereinbarung Eustacchio-Gründe
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Für das sehr beliebte Naherholungsgebiet auf den Eustacchio-Gründen wurde im Sommer ein Betretungsverbot bis maximal 01.12.2019 ausgesprochen. Grund dafür waren umgestürzte Bäume bzw. eine potentielle Gefährdung für SpaziergängerInnen durch weitere bereits stark geschädigte Bäume. Im geschützten Landschaftsteil (GLT) Eustacchio-Gründe ist die Situation auch deshalb besonders schwierig, weil der Eschenanteil am Areal rund 15% beträgt und wir mit massiven Problemen aufgrund des Eschentriebsterbens kämpfen.

Derzeit gibt es für die Eustacchio-Gründe keine finanziell dotierte Pflegevereinbarung wie etwa für den GLT am Schloßberg. Dies bedeutet, dass vor Pflegemaßnahmen immer erst um die Finanzierung angesucht werden muss, was natürlich auch verzögernd wirkt. Damit das Areal in Zukunft regelmäßig gepflegt werden kann und damit auch nur sehr kurzfristig gesperrt werden muss, wäre es wichtig, dass es auch für den GLT Eustacchio-Gründe eine entsprechend dotierte Pflegevereinbarung gibt. Daher stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen/ALG folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz möge mit der GBG für die Naturwaldzelle auf den Eustacchio-Gründen analog zu jener für den Schloßberg eine Pflegevereinbarung schließen und für die finanzielle Bedeckung sorgen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.7 Deeskalation des Konflikts rund um den Verein SOMM (Selbstorganisation von und für Migrantinnen und Musliminnen)
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)**

Im Sommer ist ein schon länger schwelender Konflikt rund um den Verein SOMM ans Licht der (medialen) Öffentlichkeit getreten. Nachdem der Verein seine Räumlichkeiten im Vinzenz-Muchitsch-Haus verlassen musste, kam es zu unterschiedlichen und kontroversen Stellungnahmen der Grazer jüdischen Gemeinde und des Menschenrechtsbeiratsmitglieds Wolfgang Benedek. Einigen Mitgliedern des Vereins wird vorgeworfen, sich unabhängig von ihrer Arbeit im Verein an anti-israelischen Kundgebungen und Veranstaltungen zu beteiligen.

Diese Vorwürfe zu bewerten oder im Detail aufzuarbeiten, soll nicht Sinn und Zweck dieses Antrags sein. Vielmehr möchte ich darauf hinweisen, dass trotz der von manchen als problematisch eingestuften Verbindungen zu anti-israelischem Gedankengut eines unbestritten sein muss:

Der Verein SOMM leistet unschätzbar wertvolle Arbeit in einer Zielgruppe migrantischer Frauen, die für andere NGOs und Vereine schwer erreichbar sind. Durch Gesundheitsförderungsprojekte, Deutschkurse mit Kinderbetreuung, Rechtsberatung, die in Kooperation mit dem Frauenservice angeboten wird und diverse weiterer Angebote werden diese Frauen im Sinne des Empowerment gestärkt. Diese Arbeit verdient trotz der Kontroverse Anerkennung.

Deswegen erscheint es mir als besonders wichtig, trotz der bestehenden Differenzen erneut das Gespräch zu suchen. Wird der (durchaus auch kontroversielle) Austausch mit Andersdenkenden nicht gepflegt, besteht die Gefahr, dass eine Gruppe von Menschen sich immer weniger verstanden fühlt und daraufhin zunehmend abschottet. Genau durch diesen Austausch, der nicht immer harmonisch sein muss, passiert letztendlich Integration.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

Der für den Bereich Integration zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, mit Vertreterinnen des Vereins SOMM sowie weiteren relevanten Personen erneute Gespräche im Sinne einer Deeskalation und Wiederannäherung zu führen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.8 Sanierung Gestaltungselemente des Wohnstraßengebiets Eppensteinerweg – Thaddäus-Stammel-Straße – Josef-Poestion-Straße (GRⁱⁿ Wutte, MA)

Wohnstraßen bringen gerade für Siedlungen, in denen viele Familien leben, einen großen Zuwachs an Lebensqualität. In Graz wurde 2011 das bis dato letzte Wohnstraßengebiet rund um den Eppensteinerweg eingerichtet. Im Zuge der Wohnstraßengestaltung wurden auch verschiedene Gestaltungselemente errichtet, die notwendig sind, um auf die Wohnstraße hinzuweisen und die Geschwindigkeit von Autos zu reduzieren. Das Besondere an diesen Wohnstraßen ist aber auch, dass diese Elemente gemeinsam mit AnrainerInnen gestaltet wurden und als Spiel- und Klettermöglichkeit für Kinder dienen.

Diese Gestaltungselemente müssten jedoch dringend saniert werden. Geschieht dies nicht, so besteht die Gefahr, dass sie abgebaut werden müssen und die genannten Straßen in Eggenberg nicht weiter als Wohnstraßen ausgewiesen werden können. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

Die für den Bereich Verkehr zuständige Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, mit der Holding hinsichtlich der Sanierung und eines Erhaltungsvertrages für die

Gestaltungselemente im Wohnstraßengebiet Eppensteinerweg – Thaddäus-Stammel-Straße – Josef-Poestion-Straße in Verhandlung zu treten und so den Weiterbestand dieser Wohnstraßen zu sichern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.9 Anschub für Photovoltaik-Anlagen bei/auf Geschoßwohnbauten; „Forcierung des Ausbaus gemeinschaftlicher PV-Anlagen im Rahmen des neu initiierten Klimaschutzfonds“
(GRⁱⁿ Mag.^a Bauer, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energieträger im Strombereich dient der Erfüllung von Klimaschutzvorgaben und beschleunigt die weitere Dezentralisierung der Energieversorgung. Seit der Novelle des Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetzes im Jahr 2017 ist es möglich, gemeinschaftliche Photovoltaikanlagen z.B. auf Hausdächern von Mehrparteienhäusern zu errichten. Dies ermöglicht es vor allem städtischen BewohnerInnen und EigentümerInnen, einen weiteren aktiven Beitrag zur Energiewende zu leisten. Der so erzeugte Strom kann dabei vor Ort von den BewohnerInnen genutzt werden und führt langfristig zu Kostenvorteilen, ohne dabei für einzelne MieterInnen/EigentümerInnen einen Zwang zur Teilnahme mit sich zu bringen. Dieses Modell ermöglicht daher den Wohnbaugenossenschaften und den Eigentümergemeinschaften, erneuerbare elektrische Energie kostengünstig zu erzeugen.

Die Stadt Graz bietet dazu bereits seit 2013 eine Förderung an (aktuelle Fassung GR-Beschluss vom 13. Dezember 2018), welche jedoch nur zögerlich (bislang rund 5 Genehmigungen) angenommen wurde. Die Ursachen dafür liegen einerseits in der

schwierigen Darstellung der langfristigen Kostenvorteile für MieterInnen/EigentümerInnen und andererseits in der aufwendigen Überzeugungsarbeit, die die Projektinitiatoren (Hausverwaltungen, engagierte EigentümerInnen und MieterInnen oder lokale Energieversorger) zu leisten haben. Es fehlt oftmals an einer professionellen und glaubwürdigen Vorarbeit für die Projektierung einer gemeinschaftliche PV-Anlage. Der Zeit- und Planungsaufwand bis zum Punkt der technischen Projektierung muss kurz und kostengünstig gehalten werden, um allgemeine Akzeptanz zu erhalten.

Durch die Errichtung eines speziellen darauf fokussierten Projektierungsbüros (technologie- und interessenneutral im Umweltamt in Kooperation mit der Grazer Energieagentur und der Energie Graz) könnten die aufwendigen Überzeugungsarbeiten professionalisiert und die Projektinitiatoren finanziell und technologisch entlastet werden. Gleichzeitig erhöht sich mit dieser Professionalisierung der Planung - im Vergleich zur bisherigen zufallsgesteuerten Herangehensweise - die Chance, erheblich mehr an gemeinschaftliche PV-Anlagen im Stadtgebiet zu verwirklichen. Im Rahmen des Grazer Klimaschutzfonds wäre eine solche Stelle/ein solches Büro (organisatorisch, technisch und aufwandsbezogen) finanziell abbildbar und würde zu realen Umsetzungen im Sinne des Klimaschutzes führen.

Deshalb stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Antrag,

die technische Beratungseinrichtung (technologie- und interessenneutral im Umweltamt in Kooperation mit der Grazer Energieagentur und der Energie Graz) für die Genossenschaften/Eigentumsgemeinschaften/MietersprecherInnen einzurichten und mit den notwendigen finanziellen Mittel auszustatten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.10 **ÖV-Versorgung Puntigam**
(GR Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Umstieg auf den ÖV steht und fällt mit dessen Attraktivität: Soll es erreicht werden, dass GrazerInnen wie auch PendlerInnen vermehrt auf den öffentlichen Verkehr zurückgreifen, auf das Auto verzichten, muss ihnen selbstverständlich ein möglichst dichtes ÖV-Netz zur Verfügung stehen.

In dieser Hinsicht besteht beispielsweise auch in Puntigam großer Handlungsbedarf – etwa im Bereich zwischen Hafnerstraße/Schwarzer Weg in Richtung Nahverkehrsknoten Puntigam: Ein Bereich, in dem in jüngerer Vergangenheit zwar viele neue Siedlungen entstanden sind, der jedoch in Hinblick auf den ÖV schlichtweg unterversorgt ist. Was – wenn der Ist-Zustand belassen bleibt – viele AnrainerInnen dazu veranlassen könnte, doch lieber auf den eigenen PKW zurückzugreifen.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen beauftragt werden, für den Bereich Hafnerstraße/Schwarzer Weg Richtung Nahverkehrsdrehscheibe Puntigam eine Verdichtung des ÖV-Netzes mit Mikro- bzw. Midi-Bussen zu entwickeln und umzusetzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.11 Bauarbeiten - Herstellung Ausgangssituation nach Bau
(GR Swatek, Neos)**

Besonders in den Sommermonaten wird in Graz viel gebaut. Das betrifft oftmals auch öffentlichen Grund. Doch nach getaner Arbeit zeigt sich in Graz immer öfter ein Bild: Die Arbeit ist getan, doch der Arbeitsplatz bleibt unordentlicher zurück, als er aufgefunden wurde. Das zeigt sich besonders bei Bauarbeiten in der Innenstadt, die auf Straßen oder Plätzen mit Pflastersteinen geschehen. Diese werden für Bauarbeiten entfernt, darunter wird gearbeitet, doch beim Verlassen des Arbeitsplatzes werden diese einfach mit Beton/Asphalt zugeschüttet und die Pflastersteine nicht mehr eingesetzt. Zum Leidwesen von uns Grazerinnen und Grazern, denn diese Vorgehensweise zerstört den Anblick unserer schönen Stadt. Bei Bauarbeiten auf öffentlichem Grund sollte man in Zukunft also klar regeln, dass nach Beendigung der Bauarbeiten der Arbeitsplatz so zurückzulassen ist, wie er aufgefunden wurde, oder bestenfalls schöner. Ausreden auf zukünftige Bauarbeiten in einem Jahr oder einigen Monaten dürfen hier keine Ausrede sein.

Gemäß der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz bei Bauarbeiten auf öffentlichem Grund dafür Sorge tragen, dass Straßen und Plätze nach den Arbeiten wieder ordnungsgemäß wie zuvor aufgefunden oder schöner zurückgelassen werden. Dies sollte in einer klaren Richtlinie verschriftlicht werden.

Eines von vielen Beispielen in unserer Stadt:



Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.12 Ehrenbürgerschaft Josef Ritter von Gadolla
(GR Swatek, Neos)**

Josef Ritter von Gadolla wurde 1897 in Graz geboren und wuchs hier auf. Er war Sohn einer steirischen Offiziersfamilie und begann seine militärische Karriere als Zwölfjähriger in der damaligen Militärschule in Straß in der Steiermark. Gadolla war als Oberstleutnant in der österreichisch-ungarischen Monarchie, bei der Volkswehr, im Bundesheer der Ersten Republik und auch in der Deutschen Wehrmacht tätig.¹ “Seine katholisch geprägte Werthaltung ließ bei dem Offizier spätestens 1943 Zweifel an der Sinnhaftigkeit seiner Aufgabenstellung aufkommen.” Als 1945 US-Truppen vor den Toren der Stadt Gotha standen und diese die Bombardierung Gothas planten, entschied sich Gadolla dazu, die weiße Fahne zu hissen und Gotha kampflos den Amerikanern zu übergeben. Seine Kapitulation rettete nicht nur zahlreichen Zivilisten, sondern auch die Stadt Gotha vor der Zerstörung. Gadolla selbst wurde jedoch wegen seines Verrats am Nazi-Regime von NS-Soldaten aufgegriffen und hingerichtet. “Nicht nur die offizielle Bundesrepublik Deutschland und die Stadt Gotha würdigten posthum das Opfer des Grazer Offiziers. Die katholische Kirche anerkannte ihn als Märtyrer für seinen Glauben. Die Militärhistorische Denkmalkommission empfahl Verteidigungsminister Gerald Klug die Benennung eines Lehrsaales in der Erzherzog-Johann-Kaserne in Straß. Dies wurde Ende Oktober 2014 vollzogen.” Gadolla missachtete seine militärischen Befehle und gab sein Leben, um das Leben anderer zu beschützen und um die Stadt Gotha vor einer Zerstörung zu bewahren. Als Sohn unserer Stadt sollte Josef Ritter von Gadolla zum Ehrenbürger der Stadt Graz ernannt und seinem persönlichen Opfer so gedacht werden.

Ich stelle daher den

Antrag,

¹ <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=7441>

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz Josef Ritter von Gadolla zum Ehrenbürger der Stadt Graz ernennen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.13 Offenlegung Beraterverträge an Gemeinderat (GR Swatek, Neos)

Den einzelnen StadträtInnen und Abteilungen der Stadt ist es möglich, Sonder- oder Beraterverträge zu vergeben. Dass es sich hierbei um keine kleinen Summen handelt, kam diesen Sommer ans Tageslicht, als ein Beratervertrag Bürgermeister Nagls in der Höhe von € 6.000,-- monatlich unter starker Kritik stand.² Da diese Verträge frei vergeben werden und die Kontrolle des Gemeinderates damit umgangen wird - keine Auflistung im Dienstpostenplan, Verschleierung in Budgets - ist es dringend nötig, den Grazer Gemeinderat als Kontrollorgan unserer Stadt über solche Verträge zu informieren. Dies kann durch einen halbjährlichen Bericht, in dem Vertragspartner und Summe aufgelistet sind, geschehen.

Gemäß der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragt werden, den Gemeinderat über Sonder- und Beraterverträge im Haus Graz zu informieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

² https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5657609/Graz_Beratervertrag-ueber-6000-Euro-pro-Monat_ExBeamter-klagt-Nagl

12.14 Städtepartnerschaft Gotha (GR Swatek, Neos)

45.733 Einwohner auf einer Fläche von knapp 70 km². Auf den ersten Blick findet man kaum Verbundenheiten zwischen unserem Graz und der fünftgrößten Stadt in Thüringen - Deutschland. Doch ohne Grazer Einfluss würde es die Stadt Gotha, wie wir sie heute kennen, vermutlich nicht mehr geben.

Denn Gotha stand 1945 bei der Befreiung Deutschlands vom Nazi-Regime unter der Gefahr, im Krieg durch Bombardement zerstört zu werden. Der damalige Stadtkommandant, Josef Ritter von Gadolla, ein gebürtiger Grazer, kapitulierte jedoch, um Stadt und Zivilbevölkerung zu schützen. Gadolla missachtete seine militärischen Befehle und wurde für sein Handeln wenig später von den Nazis erschossen. Ein historischer Moment unter Grazer Einfluss, den wir langfristig durch eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Gotha in Erinnerung bewahren sollen. Gemäß der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz eine Städtepartnerschaft mit Gotha anstreben.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit haben wir den öffentlichen Bereich abgearbeitet. Ich darf mich bei allen Damen und Herren auf der Galerie, auch bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die Sicherheit sorgen, herzlichst bedanken. Ich darf Sie bitten, die Galerie zu räumen und die Türen zu schließen.

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 19. September 2019

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bgm. Mag. **Nagl** schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 18.19 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter
Mag. (FH) Mario Eustacchio

Stadtrat
Kurt Hohensinner, MBA

Stadtrat
Dr. Günter Riegler

Stadtrat
Mag. Robert Krotzer

Stadträtin
Mag.^a Judith Schwentner

Schriftführer und Schriftprüferin

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüferin:
GRⁱⁿ Mag.^a Ulrike Taberhofer

wörtliches Protokoll erstellt von: Carina Reiter